



FDP | 14.02.2014 - 08:00

LAMBSDORFF-Gastbeitrag für „Focus Online“

Berlin. Der Spitzenkandidat zur Europawahl und Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament FDP-Präsidiumsmitglied ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF schrieb für „Focus Online“ den folgenden Gastbeitrag:

Die Volksabstimmung in der Schweiz hat viele Fragen aufgeworfen: War der Sieg der direkten Demokratie zugleich eine Niederlage für Toleranz und Weltoffenheit? Wie entwickeln sich die Beziehungen zur EU? Und steht dieses Ergebnis für eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz in Europa?

Klar ist: Die Entscheidung der Schweizer Eidgenossen ist zu respektieren. In der Demokratie ist das Volk der Souverän. Daher handelt es sich bei der Abstimmung um ein legitimes demokratisches Votum. Die Äußerungen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Ralf Stegner, der in diesem Zusammenhang von „Spinnerei“, „geistiger Abschottung“ und „Verblödung“ sprach, wirken insoweit nicht nur arrogant und dreist, sondern offenbaren auch ein sehr bedenkliches Demokratieverständnis.

Allerdings gehören die Freiheit, eigenständige Entscheidungen zu treffen, und die Verantwortung, die Konsequenzen daraus zu tragen, zusammen. Die Schweiz hat 1999 zugesagt, die Personenfreizügigkeit zu respektieren, um zugleich von der Freizügigkeit von Kapital, Waren und Dienstleistungen zu profitieren. Diese vier Grundfreiheiten sind nicht voneinander zu trennen. Deswegen wird der Volksentscheid auch für die anderen Verträge zwischen der Schweiz und der EU Folgen haben.

Das Volksbegehren sieht vor, dass für die Umsetzung des Abstimmungsergebnisses ein Zeitraum von drei Jahren eröffnet ist. Dabei wird darüber zu entscheiden sein, ob nur bestimmte Nationalitäten betroffen sein sollen und ob eine Quotenregelung eingeführt wird. Fest steht: Es war die Schweiz, die sich aus dem Vertragspaket mit der EU teilweise abgemeldet hat. Nun muss auch die Schweiz erklären, wie es weitergehen soll.

Die ersten Zeichen deuten darauf hin, dass der Verhandlungsspielraum deutlich kleiner geworden ist. Gespräche über den grenzüberschreitenden Stromhandel wurden auf Betreiben der EU-Kommission bereits ausgesetzt. Auch die Beteiligung der Schweiz an europäischen Forschungs- und Bildungsprogrammen wie dem beliebten ERASMUS-Studierendenaustausch ist gefährdet.

Für die zahlreichen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die ihren festen Wohnsitz in der Schweiz haben, aber auch für Hunderttausende Grenzgänger, die aus Italien, Frankreich oder Deutschland in die Schweiz pendeln, bleibt schon jetzt ein fader Beigeschmack auf dem täglichen Weg zum Arbeitsplatz – und das, obwohl auch sie zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beitragen. In gewisser Hinsicht sägen die Schweizer somit nicht nur an dem Ast, auf dem sie sitzen, sondern gleich am ganzen Stamm. Denn durch die tatkräftige Hilfe der hochqualifizierten Arbeitskräfte aus dem Ausland floriert der internationale Handel – auch und gerade mit den Nachbarländern der EU.

Darüber hinaus zeigt die Abstimmung aber auch, was passiert, wenn man Rechtspopulisten auf den Leim geht. Im Vorfeld wurde immer wieder sogenannter „Dichtestress“ heraufbeschworen, also vermeintliche Probleme wegen hohem Verkehrsaufkommen oder Wohnungsmangel. Ausgerechnet dort, wo besonders viele Zuwanderer wohnen und vermeintlich hoher „Dichtestress“ herrscht, haben die

Menschen jedoch weit überwiegend gegen die Initiative gestimmt. In den ländlichen Gebieten wurden hingegen Ängste geschürt, die keine Grundlagen in den Tatsachen finden. In Metropolen wie Zürich, Basel oder Genf herrscht offensichtlich ein besseres Verständnis dafür, dass Weltoffenheit und wirtschaftlicher Erfolg zusammenhängen.

In dieser Hinsicht ist der Virus des Populismus, der Ausländerfeindlichkeit und der Abschottung ein Problem, das auch in Deutschland eine Rolle spielt. Parolen einer national-alternativen Protestbewegung, die die Rückabwicklung der EU fordert, sind fatal. Aber auch die CSU spielt ja ganz offen mit diesem Virus. Ohne ein klares Bekenntnis zu Europa, in dem wir langsam und über die Jahrzehnte aus Fremden Freunde machen, werden wir in die schlechte alte Zeit der europäischen Geschichte zurückfallen. Gerade im Jahr 2014, hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs, sind solche Tendenzen über alle Maßen besorgniserregend. An Europa die Axt anzulegen, das heißt auch, die Axt an unseren Wohlstand, an unsere Zukunft und an unseren Frieden zu legen.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/lambsdorff-gastbeitrag-fuer-focus-online>